

21. juli 1915

Obmänner-Konferenz.

Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der drei Vizebürgermeister und der Delegierten der Gemeinderatsparteien fand gestern die Obmänner-Konferenz im Rathause statt. Im Einlaufe berichtete der Bürgermeister, daß nach dem Stände vom 19. Juli an 177.188 Parteien staatliche Unterhaltsbeiträge gezahlt werden. In Ergänzung derselben werden aus den Mitteln der Zentralstelle an 3481 Personen fortlaufende Unterstützungen gewährt, deren Monatserfordernis dormalen 143.368 K beträgt. Im Ganzen seien seit Kriegsbeginn 931.820 Kronen an fortlaufenden Unterstützungen und 277.400 K an einmaligen Unterstützungen erfolgt worden.

Ferner berichtete der Bürgermeister über die von der Gemeinde organisierte allgemeine Auspeisung. Anfangs Oktober 1914 begann die Gemeinde in Verbindung mit einer Anzahl von Vereinen die öffentliche Auspeisung. Am Beginn betrug die Zahl der täglich bekümpften Personen rund 10.000, anfangs September stieg die Zahl auf 30.000 und seit Mitte Februar 1915 schwankt die Portionenanzahl zwischen 36.000 und 37.000 bis heute. Von den verkostigten Personen sind zirka 8.000 Erwachsene, 24.000 schulpflichtig und 4.000 vorschulpflichtige Kinder. Begonnen wurde in 22 Speisestellen, derzeit sind 111 Auspeisestellen in Betrieb. Der Ankauf der Lebensmittel wird durch die Zentrale des Rathauses im Großen besorgt und die Lebensmittel werden zum Selbstkostenpreisen an die Speisestellen abgegeben. Die Anzahl der bisher verabreichten Speiseportionen beläuft sich auf rund 8,414.000, die Kosten der Auspeisung einschließlich der eingekauften Lebensmittel-Vorräte auf 2,170.080 K. Der Bürgermeister weist bei dieser Gelegenheit auf die hervorragende Tätigkeit des Komitees des „Schwarz-gelben Kreuzes“ hin und auf die großen Opfer, welche eine große Anzahl von Frauen und Männern durch fortlaufende Monatsbeiträge für die öffentliche Auspeisung bringen und richtet an die Allgemeinheit die Bitte, diese Opfer in hingebungsvoller Weise auch weiter zu tragen.

Weiters legte der Bürgermeister einen Bericht des Oberstadtphysikus über die Gesundheitsverhältnisse der Wiener Bevölkerung vor und konstatierte mit Befriedigung, daß der Gesundheitszustand in Wien ein außerordentlich günstiger ist und auch in der Berichtsperiode vom 8. Juni bis 20. Juli 1915 unter der Zivilbevölkerung keine Erkrankung an Kriegsepidemien - von den nur sehr vereinzelt Blatternfällen abgesehen - vorgekommen ist.

Stadtdirektor Goldemund erstattete ein eingehendes Referat über den Entwurf des neuen Gemeinde-Kühlhauses, welches von der

Versammlung zustimmend zur Kenntnis genommen wurde.

Hierauf wurden Approvisionierungsangelegenheiten in ausführlicher Weise erörtert, wo die Mehl-, Fleisch-, Milch-, Zucker- und Kohlenfrage. Die Obmännerkonferenz richtete am Schluß der Debatte an die k.k. Regierung die ernste Aufforderung, endlich die Bestimmungen über die Verwendung der neuen Ernte herauszugeben, wobei insbesondere die Ausschaltung von Surrogatmehlen bei der Broterzeugung und im Detailhandel als unbedingte Forderung der Konsumenten erklärt wurde. Ferner wurde die Festsatzung billigerer Höchstpreise für Brotmehl gefordert und verlangt, daß die n.ö. Getreideproduktion ausschließlich Wien und Niederösterreich zukomme und ein ausreichendes Kontingent an Edelmehl ungarischer Provenienz gewährleistet werde. Es müsse endlich getrachtet werden, daß durch eine zweckmäßige Organisation das Erntergebnis den Konsumenten in prompter und ausreichender Weise zur Verfügung gestellt werde. Das Brot- und Mehlkartenregime sei bis auf weiteres aufrecht zu erhalten.

In der Milchfrage einigte sich die Obmännerkonferenz dahin, daß ein Verbot zur Erzeugung von Schlagobers nicht aber ein solches für die Einfuhr sowie ein Verbot für die Verwendung von Milch zur Erzeugung von Gefrorenen (Crems) festgesetzt werde. Die Einführung einer Milchkarte halte die Obmännerkonferenz im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für angezeigt.

Sekretär Dr. Bertolas erstattete sodann einen Bericht über die geplante Reform der Kehrrichtabfuhr, welcher von den Versammelten ohne Einwendung zur Kenntnis genommen wurde.

Bürgerklub.

Der gemeinderätliche Bürgerklub trat gestern unter dem Vorsitz des Oberkurators Steiner zu einer sehr fruchtbringenden Beiratung zusammen, in welcher zunächst der Vorsitzende dem Obmann-Stellvertreter des Klubs Regierungsrat Heinrich Schmid zu seinem 60. Geburtstag unter allgemeinem Beifall die herzlichsten Glückwünsche des Bürgerklubs aussprach. Eine Petition des Vereines der Lehrer und Schulfreunde wegen Sanktionierung des vom Landtage beschlossenen Lehrerlohgesetzes wurde an den Landesausschuss geleitet.

Sodann ergriff Bürgermeister Dr. Weiskirchner das Wort und berichtete über eine Reihe von kurrenten Angelegenheiten. Er wendete sich vor allem der Besprechung der Mehlfrage zu, welche zu den wichtigsten Fragen in der Approvisionierungspolitik der Gemeinde geworden sei. Er finde, dass im Publikum vielfach übersehen werde, dass ein freihändiger Ankauf von Mehl seit Monaten nicht mehr möglich ist und die Gemeinde Wien ^{seiner} auf jene Mehle angewiesen sei, welche ihr von der staatlichen Kriegesgetreideverkehrsanstalt zugewiesen werde. Wenn im Publikum nicht selten auf kleine Orte hingewiesen werde, in welchen Roggen- und Weizenbrot im Verkehr stehe, so dürfe nicht übersehen werden, dass diese Orte Produktionsorte sind, in welchen durch Roggen- und Weizenvorräte die Erzeugung

eines solchen Brotes möglich ist, dass dagegen Wien nahezu ausschließlich einen Konsumort und zwar den größten Konsumort der Monarchie darstelle, der lediglich auf Zufuhren von anderwoher angewiesen sei. Er habe im Vereine mit den Vize-Bürgermeistern und den Stadträten sich rechtlich Mühe gegeben, die kompetenten Faktoren dahin zu bringen, dass die Pflicht gegenüber der Reichshauptstadt Wien in ausreichender Weise entsprechen; leider sei dies nicht immer gelungen und er bedaure es selbst, dass die Wiener Bevölkerung Monate lang auf den Genuß von Mais- und Mischmehl angewiesen sei. Gebrügere könne er darauf hinweisen, dass die mangelhafte Organisation der Kriegesgetreideverkehrsanstalt auch an anderen Orten und in anderen Bezirken, welche nicht im Besitze von ~~Mehl~~ ~~Edelmehl~~ Vorräten gewesen sei, ebenfalls versagt habe und ärgere Mißstände als in Wien hervorgerufen wurden. Ebenso könne er nur bedauern, dass seitens der Regierung noch immer nicht klare und feste Dispositionen bezüglich der Versorgung aus der neuen Ernte getroffen worden seien und die Gemeinde Wien noch immer vor Versprechungen stehe.

Die Gemeindeverwaltung habe in einer Petition an die Regierung die Forderung auf Beistellung von 18,000 18.962 Waggons Edelmehl erhoben und er müsse namens der Wiener Bevölkerung unbedingt fordern, dass die Verwendung von Surrogatmehlen (Mais- und Gerste) für den menschlichen Konsum völlig ausgeschlossen und sowohl für die Broterzeugung, wie auch für den Detailhandel ausschließlich Edelmehl (Weizen und Roggen) zur Verfügung gestellt werde. Dass heute noch kein besseres Mischungsverhältnis bei der Broterzeugung angewendet werden könne, beruhe darauf, dass noch immer die Regierungsverordnung in Kraft stehe, welche die Beimischung von 50% Surrogatmehl bei der Broterzeugung und beim Detailverkauf eine Abgabe von 1 : 1 (Edelmehl : Surrogatmehl) vorschreibe.

Diese Verordnung sei am 30. Jänner 1915 in Wirksamkeit getreten und bestehe heute noch aufrecht. Gewiß sei, dass diese Verordnung in einem Teile Oesterreichs nie zur Handhabe und Ausführung gelangte, weil in viele Bezirke überhaupt kein Surrogatmehl geliefert wurde. Die Gemeinde Wien habe aber nie so viel Edelmehl erhalten können als für den ausschließlichen Verbrauch nötig gewesen wäre und bekanntlich hat ja Ungarn seit Monaten nicht ein Edelmehl-Kontingent, sondern ein Maiskontingent zur Verfügung gestellt. Auf weitere Beschwerden könne er darauf hinweisen, dass ja die Kriegesgetreideverkehrsanstalt die Brotfrucht an Mühlen weise und die Gemeinde Wien von diesen Mühlen das Mehl erhalte. Tatsache sei, dass Landmühlen ein schlechtes Mehl geliefert haben und er müsse insbesondere der Mühle Mantler in Eisenburg gedenken, die ein so schlechtes Mehl lieferte, dass er hierüber an die Kriegesgetreideverkehrsanstalt die Anzeige erstattete. Der Bürgermeister müsse unter diesen Umständen jede Verantwortung für die Qualität des Mehles ablehnen und die Verantwortung jenen Faktoren zuschreiben, welche die Disposition über die Vermahlung ~~als Mehlabgabe treffen~~ ^{als Mehlabgabe treffen} Er müsse aber auch gefordert werden, dass die Ausmahlung der Brotfrucht nicht wie bisher zu einem so hohen Prozentsatz erfolge, dass noch in Mehle Kleis und Futtermehl-

Haupt. Bibl.
für Kriegeszeitung
Kaufmann
H. 1917

persente enthalten seien. Dem Bürgermeister erscheine es am zweckmäßigsten, wenn aus Weizen 30% Backmehl und 48% Brotmehl angeteilt würden, sodaß noch 22% Kleis und Futtermehl übrigbleiben, was auch zur Milderung der Futternot wesentlich beitragen würde. Mit Befriedigung könne er auf den Statthaltererlaß vom 17. Juli hinweisen, mit welchem das Ansuchen der Gemeinde Wien, das gesamte im Wiener Gemeindegebiet beschlagnahmte und durch den bestellten Kommissär aufzukaufende Getreidequantum an Edelmehlen ausschließlich der Gemeinde Wien zum Verbrauche zuzuweisen genehmigt worden sei und er spreche hierfür dem Statthalter den besten Dank aus.

Auch im Bürgerklub berichtete der Bürgermeister über die Errichtung von Kühlanlagen durch die Gemeinde und in der Debatte darüber wurde von mehreren Gemeinderäten betont, dass das Kühlhaus der Gemeinde eine ~~wichtige~~ wichtige wirtschaftliche und soziale Funktion zu erfüllen habe, dahin gehend, dass dem wucherischen Treiben durch Zurückhaltung von wichtigen Lebensmitteln Einhalt getan werde.

Lebhafte Beschwerde wurde darüber erhoben, dass die Mängel im Fleischhandlensektor große Mengen von Milch sauer ankommen und dass auch Obst und Gemüse unter dem langsamen Transport und den unzureichenden Verkehrsmitteln leiden. Diese Mängel seien auch eine der Ursachen der teuren Preise von Obst und Gemüse. Es wurde beschlossen, der Bürgermeister zu ersuchen, mit allen Nachdruck auf das Eisenbahnministerium und die Zentraltransportleitung einzuwirken, dass Lebensmittelmüge mit aller Raschheit dem Markte zugeführt und dass auch durch Beistellung geeigneter Waggons dem Verderben der Ware vorgebeugt werde.

Eine weitere Debatte entsann sich wegen der Einführung eines Nachmittagsmarktes. Von der Mehrheit der Redner wurde erklärt, dass sie sich hievon keine nachhaltige Wirkung zur Verbesserung der augenblicklichen Verhältnisse versprechen.

In eingehender Weise erörterte schließlich der Bürgermeister die Aktion des Wiener Stadtrates wegen Verbesserung der Invalidenfürsorge, erwähnte, dass er mit dem Oberkurator Steiner sowohl beim Kriegesminister wie auch beim Landesverteidigungsminister in Audienz erschienen sei und dass beide Minister die Forderung der Gemeindeverwaltung Wiens einer wohlwollenden Erwägung zu unterziehen zugesagt hätten.

Der ausführliche Bericht des Bürgermeisters wurde mit lebhaften und anhaltenden Beifalle aufgenommen. Oberkurator Steiner dankte zum Schluß sowohl dem Bürgermeister als auch dem Stadtdirektor Goldemund, letzterem für das große Kühlhausprojekt und für die rasche Fertigstellung des Projektes und des Kostenanschlags. Der Bürgermeister dankte dem ~~Oberkurator Steiner~~ Oberkurator Steiner für seine Bemühungen für seine Bemühungen in der Donsuragulationskommission, die für den Bau des Kühlhauses erforderlichen Rasch in den Besitz der Gemeinde gebracht zu haben.

< > Kaufzins!